Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau (unter alleiniger Verantwortung des Verfassers) : Krise um Berlin ; Unhaltbare Stellungen ; Die deutsche Drohung ; Miteinander reden! ; Moskau und Belgrad ; Italien-Frankreich-England ; Frieden in Palästina? ; Süd- und Ostasien ; Amerika i...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139115

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gebrochenen Idee der Humanität. Diese hat ihre staatspolitische Form in der auf der Proklamation der Menschenrechte beruhenden Demokratie gefunden. Diese Idee trägt auch die soziale Befreiung in ihrem Schoß, während jede Form der Tyrannei immer nur Entwürdigung des Menschen gebären wird. Für den Sozialismus läßt sich nur von freien Völkern etwas erhoffen. Darum haben wir Amerika, trotz seinem kapitalistischen Wirtschaftssystem mit all seinen Tollheiten, Glauben entgegenzubringen; der «unsterbliche Same der Freiheit» ist in seinen Boden gesenkt, und er wird immer wieder keimen und in völlig neuen Gestaltungen der menschlichen Dinge sich als lebendig erweisen. Wo aber Knechtschaft ist, da ist der Tod.

Das große Ziel

Jenseits dieses Zusammenschlusses des Westens aber erhebt sich das vollkommene Ideal der Vereinigung *aller* Völker, dieses Zieles, an dem die Seele eines Leonhard Ragaz so glühend hing. Wenn einmal alle einzelnen Völker ihre Freiheit erlangt haben, dann wird es sich zeigen, daß dieser Gedanke ihrer Vereinigung zur Reife gekommen ist. Er muß aber jetzt schon hinüberzuleuchten versuchen zu denen, welchen das Recht über sich selbst zu verfügen noch vorenthalten ist. Sie müssen es spüren, daß die Welt auf ihre Freiheit und auf die brüderliche Gemeinschaft mit ihnen wartet, wissend, daß sie gerade von ihnen, die so tief gelitten haben, Großes zu empfangen hat.

Paul Trautvetter.

Weltrundschau

(unter alleiniger Verantwortung des Verfassers)

Krise um Berlin Eine Monatsrundschau über eine Welt zu geben, die sich von Tag zu Tag ändert, heißt immer Gefahr laufen, daß, was man am Anfang geschrieben hat, bereits überholt ist, wenn man am Schluß ankommt. Dieses Risiko steht mir besonders lebhaft diesmal vor Augen, da ich an die Abfassung der vorliegenden Chronik herangehe. Alle Welt redete ja in diesen Tagen vom neuen Krieg, der über Nacht ausbrechen könne, und wenn auch inzwischen eine unverkennbare Entspannung eingetreten ist, so bleibt die Lage dennoch kritisch genug. Das Sturmzentrum — um in diesem Sommer des Mißbehagens, da wir alle Tage nur von Störungen, Depressionen und Entladungen hören, auch im Stil der Wetterberichte zu reden — liegt über *Berlin*. Der Kampf um die Beherrschung der ehemaligen deutschen Reichshauptstadt, der zwischen der Sowjetunion und den Westmächten entbrannt ist, drohte eine Zeitlang direkt zu einer fatal-gewalttätigen Lösung zu drängen. Man schrieb den Russen

die Absicht zu, die «Luftbrücke», welche die Alliierten zur Versorgung West-Berlins improvisiert haben, böswillig wieder zu zerstören. Die Westmächte ihrerseits erklärten dauernd in den lautesten Tönen, sie seien todernst entschlossen, unter allen Umständen in Berlin zu bleiben, auch wenn das Krieg bedeute. Die Amerikaner führten in aller Eile sechzig ihrer schwersten Bombenflugzeuge — sogenannte Superfestungen von dem Typ, der Hiroshima und Nagasaki zerstört hat — heran und kündigen die Entsendung weiterer Fluggeschwader an, um ihre Kampfbereitschaft augenfällig zu bekunden. Und bereits wurde, besonders in der Umgebung des Generals Clay, der Plan erörtert, die russische Sperre vom Westen her gewaltsam mit einem bewaffneten Lebensmittelzug zu durchbrechen, was die Russen vor die Wahl gestellt hätte, entweder ihrerseits mit Gewalt zu antworten, oder aber eine schwere politische Niederlage einzustecken. Kurz, der «Nervenkrieg» war in vollem Gange, und kein Mensch wußte, ob daraus nicht unversehens der wirkliche Krieg herausspringen werde.

Dabei waren es keineswegs nur die Militärs, die so unverantwortlich mit dem Feuer spielten; auch Politiker, Journalisten und Radioredner beteiligten sich an diesem Treiben, nicht zuletzt, indem sie das Schlagwort vom «neuen München» herumboten, das es unbedingt zu vermeiden gelte, und unablässig versicherten, daß die Russen «nur die Sprache der Kraft und der Gewalt verstünden», ein Gerede, das um so leichtfertiger ist, als ja der Sinn des geschichtlichen «Münchens» von 1938 darin liegt, daß sich die Westmächte — auf Kosten der Tschechoslowakei — mit Hitler und Mussolini verständigten, *um desto wirksamer den Kampf gegen den «gemeinsamen Feind», die Sowjetunion, zu führen**. Die gleichen Kräfte, die damals den «Wiederaufbau Deutschlands» bewunderten und Hitler als Vorkämpfer der europäischen Zivilisation gegen die asiatische Barbarei betrachteten, sind

---

* Erst vor kurzem ist ein in Berlin gefundenes Aktenstück veröffentlicht worden, das ein neues Licht auf die Planmäßigkeit dieser Bestrebungen wirft. Es handelt sich um die amtliche deutsche «Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und Reichskanzler und Lord Halifax in Anwesenheit des Herrn Reichsaußenministers», datiert: Am Obersalzberg, am 19. Februar 1937. Es heißt darin:

«Lord Halifax betonte eingangs, daß er die Gelegenheit begrüße, durch eine persönliche Aussprache mit dem Führer ein besseres Verständnis zwischen England und Deutschland herbeiführen zu können ... Man erkenne (in England) die großen Verdienste, die sich der Führer um den Wiederaufbau Deutschlands erworben habe, voll und ganz an, und wenn die englische öffentliche Meinung zu gewissen deutschen Problemen gelegentlich eine kritische Stellung einnehme, so liege dies zum Teil daran, daß man in England nicht vollständig über die Beweggründe und Umstände gewisser deutscher Maßnahmen unterrichtet sei. ... Trotz diesen Schwierigkeiten wären er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der englischen Regierung davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe, und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.»

jetzt erneut am Werk, um Deutschland als «Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus» wiederaufzubauen und es in den alten Kampf der Westmächte gegen die Sowjetunion einzureihen, der — durch die Schuld Hitlers — ein paar Jahre lang hatte leider unterbrochen werden müssen. (Es wird darauf zurückzukommen sein.) Aber eben, davon will man die Aufmerksamkeit ablenken, indem man die Sowjetpolitik der Eroberungspolitik des Dritten Reiches gleichsetzt und jeden Versuch, endlich einmal die seit 1917 bekundete Feindseligkeit des kapitalistisch-imperialistischen Westens gegenüber der Sowjetunion durch eine Politik friedlicher Verständigung zu überwinden, als charakterlose und dazu von vornherein zum Mißerfolg verurteilte «Beschwichtigung» eines ja doch zum Angriff entschlossenen Bösewichts zu denunzieren. So macht man selbst Stimmung für den Krieg, einen Krieg übrigens, der, was auch sein Ausgang wäre, zunächst die russischen Armeen zu Herren ganz Mitteleuropas machen würde.

Unhaltbare Stellungen Es ist angesichts der tendenziösen Verzerrung des Bildes der heutigen Lage, wie sie unter uns betrieben wird, doppelt nötig, sich die *wirklichen* Ursachen klarzumachen, die zu dem vorerst noch «kalten» Krieg um Berlin geführt haben. Es wird sich dann zeigen, daß sich *beide* Teile, die Westmächte wie die Russen, in eine unhaltbare Stellung hineinmanövriert haben, die sie nun einfach räumen *müssen*, soll nicht ein Unglück geschehen.

Die Russen haben sich — darüber wird man bald einig sein — zu einem widerrechtlichen Versuch verleiten lassen, die Westmächte durch wirtschaftlichen Druck aus Berlin zu vertreiben, um so die «offene Wunde» an ihrer Westflanke zu schließen. Das ist klarerweise unzulässig. Die Westalliierten haben auf Grund von Vertrag und Gewohnheit das Recht, in Berlin zu bleiben, solange es ihnen gefällt.

Aber die Westmächte haben die Vernunft der Dinge gegen sich, wenn sie sich auf die weitere *Ausübung* dieses Rechtes versteifen. Die Berliner Westzonen, die in die russische Zone hineingesprengt sind, wurden ja nur deswegen geschaffen, weil Berlin der Sitz der gemeinsamen Viermächteregierung über das besetzte Deutschland sein sollte. Eine solche Viermächteregierung besteht nun aber in Tat und Wahrheit nicht mehr (einerlei durch wessen Schuld), und die Westmächte haben diesen Zustand als vorerst kaum zu ändernde Tatsache selbst anerkannt, indem sie darangegangen sind, einen besondern westdeutschen Staat mit eigener Wirtschaftspolitik und Währung zu schaffen. Warum also trotzdem mit aller Gewalt einen westlichen Sektor in Berlin aufrechterhalten, wenn doch die sachlichen Voraussetzungen dafür weggefallen sind? Warum die Russen hindern, nun auch *ihre* Zone ebenso autonom und einheitlich zu ordnen, ohne durch das «Berliner

Loch» ständig gestört zu werden? Wäre seinerzeit als Hauptstadt der Viermächteregierung sagen wir Frankfurt bestimmt worden und hätten die Russen angefangen, einen besonderen ostdeutschen Staat mit einer Währung zu schaffen, die als Kampfwaffe gegen die westliche Wirtschaftspolitik gedacht gewesen wäre, hätten da die Westalliierten nicht auch verlangt, daß die Russen nun eben ihren Sektor in der bisherigen interalliierten Hauptstadt räumen müßten?

Und die neue Währung in Westdeutschland, deren Einführung in Berlin den Streit erst akut machte, *war* als Kampfwaffe gegen die östliche Wirtschaftspolitik gedacht! Die Westmächte und ihre «neutralen» Freunde haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Währungsreform nur die Vorbereitung sei «für die Eingliederung der Westzone in die marktwirtschaftlich orientierte Welt» («Neue Zürcher Zeitung»), daß sie die Abkehr von dem in der Ostzone herrschenden Wirtschaftssystem und damit einen «Wendepunkt» in der Wirtschaftspolitik Westdeutschlands darstelle, während eine Währungsreform in der russischen Zone «lediglich eine weitere Etappe auf dem beschwerlichen Wege zu einer klassenlosen Gesellschaft» («NZZ») sein könne. Mit der Einführung der Deutschmark in West-Berlin haben die Alliierten also den Kampf zwischen Kapitalismus («Marktwirtschaft») und Kollektivismus in die östliche Zone selbst hineingetragen, ja die unmittelbare Gefahr heraufbeschworen, daß die alten, entwerteten Banknoten massenhaft in die Ostzone einströmten, Inflation erzeugten und die ganze Wirtschaft zerrütteten. Dagegen *mußten* sich die Russen wehren. Daß sie zur Abwehr nicht nur eine Geldsperre verfügten, sondern gleich auch noch eine Verkehrssperre vor West-Berlin legten, das war freilich ein schwerer Fehler auch dann, wenn er von den Westmächten vorausgesehen werden konnte. Ihn zuzugeben wird den Russen nicht leichtfallen, aber Prestigerücksichten dürfen sie an der Preisgabe einer rechtlich unhaltbaren Stellung so wenig hindern, wie die Westmächte ihre *sachlich* unhaltbare Berliner Politik nur darum durch dick und dünn verfolgen dürfen, weil ihr Prestige gegenüber den Berlinern engagiert ist.

Nebenbei: Wenn jetzt die Westmächte und die Deutschen so entrüstet sind, weil die Russen Berlin «aushungern» wollten, so kann ich mich nicht enthalten, an die Zeit zurückzudenken, wo es die *Westmächte* waren, die aus politischer Berechnung *Rußland* dem Hunger überließen, an jene fürchterliche Zeit nach dem ersten Weltkrieg, als Interventionskriege und Dürre eine Hungersnot in Rußland erzeugt hatten, die Millionen von Menschen wegraffte, und gegen die, trotz Nansens verzweifelten Anstrengungen, die Westmächte nur mit Widerstreben und viel zu spät etwas unternahmen. Die Russen werden das nicht vergessen haben, sowenig sie vergessen, was die Deutschen an Zerstörungen und Massakrierungen während ihres Angriffskrieges in Rußland angerichtet haben!

Im übrigen hat die von den Russen eingeleitete Versorgung West-Berlins mit zusätzlichen Lebensmitteln (und mit Elektrizität) dem Vorwurf, die Sowjets führten «Krieg gegen die Berliner Kinder», viel von seiner Wirksamkeit genommen. Die Berliner werden — so oder so — bestimmt nicht Hungers sterben.

Die deutsche Drohung Aber Berlin ist ja überhaupt keine Sache für sich. Das Berliner Problem ist nur ein Teil des allgemein-deutschen, ja des gesamteuropäischen Problems, das der Lösung harrt. Indem die westalliierte Propaganda und ihre deutschen und neutralen Filialen das Problem Berlin bewußt dramatisierten und isolierten und die Haltung der *Russen* als den Kernpunkt der ganzen Angelegenheit hinstellten, haben sie zwar eine oberflächliche «öffentliche Meinung» irreführen können, gleichzeitig aber den Westmächten selber einen schlechten Dienst erwiesen, haben sie es ihnen dadurch doch nur erschwert, aus der Berliner Sackgasse einen Weg ins Freie zu finden. Mit andern Worten: es kommt jetzt vor allem darauf an, die gesamtdeutsche Frage ins Auge zu fassen und sich über die Gründe klar zu werden, die zu dem unglücklichen Stand geführt haben, auf dem sie sich heute befindet. Sehr zeitgemäß ruft der «New Statesman» einem vergeßlichen Geschlecht ins Gedächtnis zurück, wie so ganz anders sich die Westmächte heute zu Deutschland einstellen, als dies noch vor ein paar Jahren der Fall war:

«In der Stimmung, wie sie durch den gegenwärtigen Kampf zwischen Ost und West erzeugt worden ist, sind die Deutschen mit Tugenden christlicher Kultur und demokratischen Mutes ausgestattet worden, die wir ihnen noch vor drei Jahren nicht zugeschrieben haben. Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß Churchill und Roosevelt in Quebec den Morgenthau-Plan (der die deutsche Industrie zerstören wollte. H. K.) angenommen haben. Damals schien die Bedrohung der deutschen Wirtschaft, die sich aus riesenhaften Reparationsleistungen in natura ergeben hätte, so wie die Russen sie verlangten, weniger akut als diejenige eines neuen deutschen Versuches, die Welt zu erobern... Diese Stimmung herrschte zweifellos auch noch in Potsdam vor. Attlee war bereit, im Zweifelsfalle dem Ostblock recht zu geben, über die Warnungen von General Smuts hinwegzugehen und die Übermarchungen der Tschechen und Polen bei der Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat zu dulden. Das geschah nicht, weil die Russen von 1945 anders gewesen wären als die Russen von 1948, sondern weil England und Amerika noch glaubten, der deutschen Drohung könne nur entgegengewirkt werden, wenn man sich bei der Regelung der deutschen Frage im wesentlichen der russischen Auffassung anschließe.

Während des ganzen Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit warnten wir das britische Publikum in diesen Spalten dauernd vor den Gefahren eines überbordenden Vansittartismus und sagten voraus, daß er durch einen heftigen Umschwung in der Richtung einer sentimentalen Deutschfreundlichkeit abgelöst werden würde. Wenn England sehe — so sagten wir —, daß ein Morgenthau-Plan einen deutschen Leerraum schaffen müßte, der nur durch den Kommunismus ausgefüllt werden könnte, so werde unsere Stimmung in eine ebenso übertriebene Deutschfreundlichkeit umschlagen. Diese Voraussage hat sich genau erfüllt. Während die ost- wie die westeuropäischen Völker ihre Ansicht über die deutsche Gefahr nicht geändert haben, beginnt die amerikanische — und in geringerem Maße auch die britische — Politik, Deutschland als möglichen Verbündeten gegen den Kommunis-

mus zu behandeln. Die amtlichen Kreise in Washington und London sehen heute jeden als «Quertreiber» an, der, wenn er von den heldenhaften Berlinern hört, immer noch an die Gaskammern von Auschwitz denkt. Diese Art Deutschfreundlichkeit führt nicht nur dazu, jede Verständigung mit den Russen weit schwerer zu machen, sondern auch die Grundlage des Westbundes zu unterhöhlen, weil die Franzosen ebenso wie die Osteuropäer immer noch daran denken, daß es genau gleich nach dem ersten Weltkrieg gegangen ist.

Unverantwortliche Deutschfreundlichkeit ist aber nicht der einzige Punkt der Anklage gegen die britische und amerikanische Politik. Fast ebenso wichtig ist die betrübliche Nichtdurchführung sozialer Reformen in der Doppelzone, ohne die es keine Hoffnung für eine friedliche deutsche Demokratie gibt. Trotz halbherzigen Entnazifizierungsversuchen* weist Westdeutschland heute die gleiche soziale Schichtung auf wie 1939. Die Schwerindustrien sind weder nationalisiert noch internationalisiert worden, und die Bodenreform wurde endlos verschleppt. Die Folge ist, daß die neufaschistischen Kräfte, die unter der Oberfläche schon immer stark waren, ermutigt werden, offen aufzutreten, und daß die Stellung der Sozialdemokratischen Partei und der fortschrittlichen Kräfte der Christlichdemokratischen Union sich verschlechtert hat. Wenn sich diese ablehnende Haltung gegenüber einer sozialen Neugestaltung mit einer Deutschfreundlichkeit verbindet, die im Wiederaufbau der Ruhr den wichtigsten Teil des Marshall-Planes sieht und beständig versichert, daß die Oder-Neiße-Grenze nicht endgültig sei, ist es für den Durchschnittseuropäer — geschweige für den Russen — schwer, um den Schluß herumzukommen, daß das Reinergebnis der englisch-amerikanischen Politik — was auch ihre Beweggründe sein mögen — die Schaffung eines Deutschland sein wird, das aufs neue imstande ist, seinen Lebensraum im Osten zu suchen.»

Miteinander reden! Gewiß tragen die Russen mit ihrer Selbstisolierung und ihrem mangelnden Willen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit selbst eine große — der «New Statesman» meint sogar: entscheidende — Verantwortung dafür, daß die Alliierten auf diesen verhängnisvollen Weg gekommen sind. Von

---

* Daß einer ernsthaften Entnazifizierung auch von der Schweiz aus entgegengearbeitet wurde, zeigen unter anderm die Bemühungen von Professor Adolf Keller um die Reinwaschung des Barons von Weizsäcker, des früheren deutschen Gesandten in Bern. Bundesrat — im letzten Jahre Bundespräsident — Etter bedauerte zwar in einem an Keller gerichteten Brief vom 11. Dezember 1947 lebhaft, sich nicht offiziell für Weizsäcker einsetzen zu können, bescheinigt diesem aber in warmen Ausdrücken seine unbedingt nazigegnerische Gesinnung. Daß sich Weizsäcker trotzdem zum gefügigen Werkzeug des Nazismus hergegeben hat, nicht nur in Bern, sondern auch nachher als Staatssekretär im Berliner Außenministerium und als deutscher Botschafter beim Vatikan, das entschuldigt Herr Etter als «soldatische Pflichterfüllung gegenüber seinem Land, dem er sich verpflichtet fühlte»! Genau so haben sich alle deutschen Kriegsverbrecher herauszureden versucht; sie waren einfach zu gute Patrioten, um dem Nazismus widerstehen zu können, und zogen es im Konflikt zwischen Hitler und ihrem Gewissen (sofern sich das bei ihnen überhaupt meldete) vor, dem Befehl von «oben» zu folgen, statt sich irgendwie unbeliebt zu machen. Wenn sie schon die Verbrechen des Nazismus deckten — auch Weizsäcker wirkte bei der Verschickung Tausender von Juden nach Auschwitz mit —, so ließen sie sich, wie Herr Etter findet, immer «nur von der Absicht leiten, Schlimmeres zu verhüten». Ja, was hätte eigentlich *noch* Schlimmeres verhütet werden können, als was in Auschwitz geschehen ist? Nein, *wir* sagen der Haltung eines Weizsäcker einfach Charakterlosigkeit, geben aber zu, daß Herr Etter, der sowohl der römischen Morallehre als der Staatsraison verpflichtet ist, andere Maßstäbe gebraucht . . .

ihrer Überzeugung ausgehend, daß der westliche Kapitalismus früher oder später zu einem endgültigen Vernichtungsschlag gegen die Sowjetunion ausholen werde, haben sie sofort nach Kriegsende ihre Abwehr gegen ein solches Unternehmen vorbereitet und in Gestalt des Ostblocks ein System von Einflußzonen und Untertanenstaaten aufgebaut, das unvermeidlicherweise einem westlichen Gegenblock rief. Und sie haben die durch den gemeinsamen Krieg zeitweilig zurückgedrängten feindseligen Kräfte der westlichen Welt, deren erneuten Ausbruch sie fürchteten, dadurch recht eigentlich abermals hervorgelockt, anstatt sie durch eine überlegene, auf die guten Kräfte in den Völkern bauende Haltung zu neutralisieren.

Aber mit dieser Feststellung kommen wir nicht über die Tatsache weg, daß Deutschland aufs neue eine Lebensgefahr für Europa werden kann, wenn die Westmächte ihre gegenwärtige Politik fortsetzen. Das Gebot der Stunde ist darum: aus der Berliner Verkrampfung loskommen, sich an den Verhandlungstisch setzen und ein Deutschland schaffen helfen, das weder zum Verbündeten des Westens gegen den Osten noch zum Werkzeug des Ostens gegen den Westen werden kann, vielmehr im Innern so organisiert ist, daß es eine zuverlässige Kraft der Demokratie und des Friedens wird.

Und tatsächlich scheint auch auf beiden Seiten die Einsicht im Wachsen zu sein, daß man nunmehr in aller Form miteinander reden muß. Zunächst haben die Maßnahmen der Russen zur Versorgung West-Berlins mit Lebensmitteln und elektrischem Strom unverkennbar die Spannung gemildert, wenn sie auch noch nicht die förmliche Aufhebung der Verkehrs- und Wirtschaftssperre darstellen, die von ihnen erwartet werden muß. Gleichzeitig scheint die eilige Reise General Clays nach Washington eine Änderung auch der amerikanischen Haltung eingeleitet zu haben. Der amerikanische Militärgouverneur dürfte dem Außenminister wie dem Wehrmachtsminister (und den Herren Parlamentariern und Journalisten!) gesagt haben, daß die Westmächte auf die Länge in Berlin nicht durchhalten können, wenn die Russen es auf einen Stellungskampf ankommen lassen. Mag auf dem Luftwege die Lebensmittelversorgung noch monatelang fortgeführt werden können — der Mangel an Kohlen und Rohstoffen hat schon jetzt eine beunruhigende Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Dazu kommt die drohende Erschöpfung der Vorräte an Zeitungspapier, die Lahmlegung des Radiobetriebes und das Währungsdurcheinander — kurz, die Unmöglichkeit, eine halbwegs geordnete Wirtschaft zu führen, solange die Westmächte den Russen zum Trotz in Berlin bleiben.

Anderseits wird dem draufgängerischen Herrn Clay in Washington klargemacht worden sein, daß — um das bekannte Wort leicht abzuändern — der Krieg eine zu ernste Sache sei, als daß Generäle über seine Auslösung entscheiden dürften. Vielleicht, daß Amerika, das eben seine Atombomben hat, zunächst Rußland fürchterlich treffen

könnte und selbst verhältnismäßig unverwundbar bliebe; allein daß Europa ruiniert würde, daß die Sowjets ohne allzu große Anstrengung mindestens bis an den Rhein vorstoßen könnten und daß die soziale Revolution auch den Westen erfassen würde, das ist so gut wie sicher. Und da schließlich auch England, Frankreich und die kleineren Staaten noch etwas zu sagen haben — im Haag war ja soeben die Konferenz der Außenminister der Westunionsländer beisammen —, so dürfte man in Washington nicht im unklaren darüber sein, daß die Aussicht, von der britischen Insel und der Pyrenäenhalbinsel aus mit der Zeit durch die Amerikaner befreit zu werden, in ihren Augen ein schwacher Trost für die Gewißheit ist, im ersten Stadium des Krieges hilflos zusammenzubrechen.

Man scheint sich unter diesen Umständen im westalliierten Lager mehr oder weniger mit der Notwendigkeit abgefunden zu haben, der so verächtlich behandelten «Friedensoffensive» der Sowjetdiplomatie doch eine Chance zu geben — und wäre es auch nur, um ihre Unaufrichtigkeit zu beweisen. Nachdem man in Washington, offenbar unter dem Druck von London und Paris, die zwischen Molotow und Bedell Smith im Frühjahr so verheißungsvoll begonnenen Verhandlungen schroff und schuldhaft abgebrochen hat, wird man es sich kaum ein zweites Mal leisten können, positive Vorschläge Moskaus, wie sie an der Konferenz der Außenminister des Ostblocks gemacht wurden — sie betrafen die Entmilitarisierung Deutschlands, die Internationalisierung der Ruhr, die Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Österreich und die daraufhin vorzunehmende Räumung Deutschlands und Österreichs durch die alliierten Truppen —, einfach zu ignorieren. Ich gestehe zwar, daß mir eine wirkliche, organische Lösung des West-Ost-Problems unmöglich scheint, solange in den Westländern, und besonders in Amerika, diejenigen Mächte obenauf sind, die ihre Nachkriegspolitik bisher bestimmt haben. Aber das schließt keineswegs aus, daß bei einigermaßen gutem Willen dennoch ein Modus vivendi hergestellt werden kann, der die Kriegsgefahr zurückdrängt und den Friedens- und Fortschrittskräften Zeit läßt, sich in den entscheidenden Ländern durchzusetzen. Den Berliner Knoten mit dem Schwert durchhauen zu wollen, weil die Staatskunst unfähig war, ihn aufzulösen, das wäre auf jeden Fall ein derartig wahnwitziges Unterfangen, daß man allen Grund hat, zu hoffen, *diese* Gefahr sei nunmehr überwunden*.

---

* Seitdem dies geschrieben wurde, hat sich die Spannung eher wieder verschärft. Einerseits hat *Bevin* im Unterhaus zu verstehen gegeben, daß die britische Regierung mit einem nahen Krieg rechne, und offen mitgeteilt, es würden «bereits Maßnahmen getroffen oder vorbereitet für den Fall, daß die Politik des einstigen Alliierten doch zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung führen sollte». Anderseits hat sich *Molotow*, mit dem die Vertreter der Westmächte in ein direktes Gespräch kommen wollten, verleugnen lassen oder tatsächlich Moskau auf unbestimmte Zeit verlassen. Es konnte nicht fehlen, daß diese Brüskierung bei den Westmächten arg verstimmte

Moskau und Belgrad Wie wird wohl auf die weitere Gestaltung des west-östlichen Gesamtproblems der tiefe Gegensatz wirken, der sich in der Berichtszeit zwischen der *Sowjetunion* und *Jugoslawien* aufgetan hat? Wird er Rußlands Verhandlungsbereitschaft und Manövrierfähigkeit erhöhen? Wird er den Willen der Westmächte, es auf keinen endgültigen Bruch mit Rußland ankommen zu lassen, stärken oder schwächen? Das wird man einfach abwarten müssen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß das Zerwürfnis zwischen Moskau und Belgrad eher friedensfördernd wirken wird. Aber so viel ist schon heute klar, daß dieses Zerwürfnis nicht nur einen vorderhand kaum heilbaren Riß im Ostblock offenbar gemacht, sondern auch einen Kampf zweier Richtungen innerhalb des Gesamtkommunismus an die Öffentlichkeit gebracht hat, wie er seit der Exkommunizierung Trotzkys nicht mehr ausgetragen worden ist.

Man hat über diesen ganzen sensationellen Handel ungeheuer viel gewerweißt und die kompliziertesten Erklärungen für das russische Vorgehen gegen Tito gesucht. Und was sich hier zwischen zwei bisher anscheinend eng Verbündeten zuträgt, gibt ja auch tatsächlich der Rätsel genug auf. Schon der Umstand, daß der Ausschluß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Gemeinschaft der kommunistischen Parteien an einer Konferenz in Bukarest erfolgt ist, während gleichzeitig, unter Anwesenheit des jugoslawischen Vertreters, die Außenminister des Ostblocks in Warschau tagten, ist doch recht eigentümlich und könnte auf eine Doppelspurigkeit der russischen Außenpolitik schließen lassen, die ihrerseits wieder die Frage nahelegte, ob dieser Doppelspurigkeit ein Konflikt unter den leitenden Moskauer Persönlichkeiten zugrunde liegt oder ob sie nicht vielmehr eine wohlberechnete Ausweichmöglichkeit für die Sowjetdiplomatie schaffen sollte. Und dann die zahlreichen andern Unbegreiflichkeiten und Widersprüche des Verfahrens gegen die führenden Belgrader Kommunisten, die schließlich alle auf die Frage hinauslaufen, welche zwingenden Gründe den Kreml angetrieben haben mögen, in aller Öffentlichkeit einen für ihn selbst doch nicht ungefährlichen Konflikt mit demjenigen Staat vom Zaun zu reißen, der bisher das stärkste Glied in der Kette der rußlandfreundlichen Länder Osteuropas darstellte, der von allen diesen Ländern die stärksten sozialen und wirtschaftlichen Reformleistungen aufzuweisen hat, der sich eine mächtige,

---

und den Eindruck erzeugte, den Russen liege an der von ihnen bisher so eifrig geforderten Einleitung umfassender Verhandlungen tatsächlich doch nichts. Ein ganz betrüblicher Zustand! Die Russen, deren Sache bei weitem besser ist, als die westliche Propaganda wahr haben will (die ja auch die öffentliche Meinung der Schweiz fast völlig beherrscht), setzen sich damit, wie üblich, durch die Art und Weise ihres Auftretens aufs neue ins Unrecht. Daß doch endlich jenes Mindestmaß an Loyalität und gutem Willen auf beiden Seiten zustande komme, ohne das alle Friedensbemühungen vergeblich bleiben müssen! (1. August.)

schlagkräftige Armee aufgebaut hat und von überquellendem nationalem Selbstgefühl und Stolz erfüllt ist.

Ich maße mir nicht an, für all diese Seltsamkeiten eine befriedigende Erklärung zu bieten. Aber die natürlichste und einfachste Deutung des Konfliktes scheint mir noch immer die zu sein, daß es sich hier um den Kampf jener zwei Denkarten und Organisationsprinzipien handelt, die uns auch sonst in allem menschlichen Gemeinschaftsleben immer wieder begegnen: um den Kampf zwischen Föderation und Zentralisation, zwischen Mannigfaltigkeit und Gleichschaltung, zwischen Freiheit und Ordnung. Titos Außenpolitik geht auf die Bildung eines Balkanbundes aus, der nach dem Muster der in der jugoslawischen Volksrepublik vereinigten Nationen aufgebaut wäre. Moskau will keine mehr oder weniger selbständigen regionalen Gruppierungen innerhalb des von ihm beherrschten Ostraumes dulden und hat darum auch schon Dimitrow, den Staatschef von Bulgarien, zurückgepfiffen, der ähnlicher Neigungen verdächtig war wie sein jugoslawischer Kollege. Die revolutionären Kräfte Jugoslawiens sind in einer Volksfront zusammengefaßt, in der die Kommunistische Partei wohl den maßgebenden Einfluß ausübt, aber doch nicht einfach diktiert. In Moskau kann man sich die soziale Umwälzung nicht anders vorstellen als getragen von einer militärisch organisierten und disziplinierten kommunistischen Partei, die keiner andern politischen Gruppe ein wirkliches Eigenleben und eine freie Mitsprache mehr läßt. Die jugoslawische Revolution nimmt sorgsame Rücksicht auf den Geist des demokratischen Bauerntums und begünstigt insbesondere das Genossenschaftswesen, das auf dem Land eine erstaunlich lebendige Entwicklung genommen hat. Moskau will zwischen Kulaken («kapitalistischen» Bauern) und landwirtschaftlichen Proletariern klassenmäßig schärfer unterschieden wissen und hat als Idealform des Agrarkommunismus die Kolchose, den kollektiven Großbetrieb, vor Augen.

Ich weiß wohl, daß diese Gegenüberstellungen, so wie sie hier stehen, etwas zu schematisch formuliert sind und sich die Gegensätze zwischen Moskau und Belgrad darin nicht restlos unterbringen lassen. Kenner der jugoslawischen Verhältnisse versichern uns namentlich, das Regiment Titos sei tatsächlich, wie Moskau ihm vorwirft (mit welchem eigenen Recht?), überaus despotisch, und die Gleichschaltung habe auch in Jugoslawien bedenklichste Formen angenommen. Anderseits kann Moskau (wie Rom), wenn es darauf ankommt, auch wieder recht geschmeidig, weitherzig und duldsam sein; der Widerstand der *Finnen*, beispielsweise, gegen alle Sowjetisierung, ein Widerstand, der bei den jüngsten Wahlen die volksdemokratische Fraktion fast einen Viertel ihrer Sitze gekostet hat, läßt der russischen Politik gegenwärtig weise Zurückhaltung in ihren Beziehungen mit Finnland geboten erscheinen, zumal jedermann weiß, daß Finnland aus der russischen Einflußzone ja doch nicht heraus kann. Aber grundsätzlich geht, wie

ich die Dinge anschaue, die Auseinandersetzung zwischen Moskau und Belgrad doch auf der skizzierten Linie vor sich, und insofern ist der «Nonkominformismus» der Jugoslawen eine ausgesprochen gesunde, zukunftsvolle Erscheinung, von der man dringend wünschen muß, daß sie sich nicht nur in Jugoslawien selbst durchsetze, sondern auch auf die andern Oststaaten übergreife, die nicht «Satelliten» der Sowjetunion, sondern selbständige Glieder eines großen Ostbundes sein sollen.

Hüten wir uns aber dennoch, Anforderungen an einen solchen Bund und seine innere Struktur zu stellen, für welche die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. «Solange die Bevölkerung der Balkanstaaten nicht ihre Produktion verdoppelt hat und ihre Mehrheit nicht lesen und schreiben gelernt hat», so sagt Henry Wallace einmal, «ist es töricht, eine Demokratie westlichen Stils in diesen Gebieten zu erwarten. Es wird in den meisten dieser Länder während der nächsten zehn oder fünfzehn Jahre weniger Profitmacherei und mehr Leistung geben unter einem System, das den Willen der Bauern und Fabrikarbeiter ausdrückt, auch wenn die Parteipolitik auf eine einzige Koalition beschränkt ist.» Das gilt auch für das Verhältnis der Oststaaten als Ganzes zu dem sie umfassenden Bund. Der europäische Osten — und nicht nur er — ist in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Umwälzung begriffen. Er ist auf dem Wege von einem rückständigen Feudalismus und rohen Kapitalismus zu einem leistungsfähigen Sozialismus, zu einer modernen Planwirtschaft, die die Lebenshaltung und Gesittung der Völker schon jetzt merklich gehoben hat*. Diese Entwicklung darf nicht gefährdet werden — auch nicht durch einen naiven Nationalismus, wie er jetzt in Jugoslawien im Schwung ist. Sie erfordert die Organisierung eines *übernationalen* Großraumes, der die Landesgrenzen allmählich als ebenso unwesentlich erscheinen läßt, wie das mit den Kantonsgrenzen bei der Schaffung des schweizerischen Bundesstaates im Zeitalter des aufsteigenden Kapitalismus der Fall war und wie es sich in Westeuropa wiederholen wird, sobald es zu einer gewissen wirtschaftlichen Einheit vorgedrungen sein wird.

Hier hat Jugoslawien aber offenbar gesündigt, und hier hat Moskau ein Stück weit recht, noch abgesehen vom Verdacht, dem das jugoslawisch-amerikanische Finanzabkommen die Belgrader Regierung aussetzt, sie wolle sich allmählich überhaupt vom Ostblock ablösen und der amerikanischen Europahilfe teilhaftig werden. Daß solche Vermutungen nicht einfach aus der Luft gegriffen sind, zeigt — um nur

* Ein Beispiel: Die «Neue Zürcher Zeitung» berichtet vom Internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus: «Es war interessant, zu hören, daß Bulgarien ein staatliches Alkoholmonopol hat und daß die Zahl der Wirtschaften von fünfundzwanzig- auf achttausend herabgesetzt wurde. Alle Alkoholreklame ist streng verboten.» Man versuche so etwas einmal in der Schweiz — es gäbe eine Revolution! Wir sind doch schließlich keine Volksdemokratie!

eine amerikanische Stimme anzuführen — der Kommentar des Washingtoner «Kolumnisten» J. G. Hayden zum russisch-jugoslawischen Zerwürfnis, der mit den Worten beginnt: «Der Bruch zwischen Rußland und Jugoslawien hat zwar an und für sich die Außenwelt überrascht, ist aber gerade das, was die Gestalter der amerikanischen Außenpolitik erstrebt und erhofft und teilweise auch zuversichtlich vorausgesagt haben» und mit dem Satze schließt: «Es herrscht (in Washington) im stillen große Zuversicht, daß der Marshall-Plan jetzt zu arbeiten beginne und daß er dazu bestimmt sei, früher oder später die Solidarität von Rußlands kommunistischem Block zu sprengen.»

Ob und wie ein Ausgleich zwischen den Moskauer und den Belgrader Prinzipien erfolgen wird, davon hängt für den Aufstieg Osteuropas, aber auch für die gesamteuropäische Politik, ungemein viel ab. Kommt es zu keiner Verständigung, dann sind nur wenig Zweifel daran möglich, daß Tito auf die Länge lediglich die Wahl hat, sich den Westmächten zu verschreiben, die dann schon dafür sorgen werden, daß das «freie Unternehmertum» in Jugoslawien wieder zu Ehren kommt, oder aber die begonnene soziale Revolution in wachsender Isolierung und — zur Unterdrückung der Opposition von rechts und links — mit verschärfter Diktatur weiterzuführen.

Italien - Frankreich - England

Im kalten Krieg um Deutschland und in der Spannung zwischen Moskau und Belgrad konzentriert sich gegenwärtig, auf europäischem Boden, der große Kampf unserer Zeit, bei dem es um Kapitalismus und Sozialismus, Freiheit und Frieden, Diktatur und Demokratie geht. Die Vorgänge in den andern Ländern treten dahinter wohl etwas zurück, fügen sich aber in den großen Rahmen dennoch ungezwungen ein, stehen doch im Grunde überall die gleichen Kernfragen zur Entscheidung. Das ist in den letzten Wochen nicht zuletzt auch in *Italien* wieder deutlich geworden, wo Teuerung, Massenarmut und Arbeitslosigkeit — man zählt jetzt wieder 2,3 Millionen offiziell gemeldete Erwerbslose — eine hochexplosive Lage erzeugt haben. Es brauchte nur den Mordanschlag auf Togliatti, den Führer der Kommunisten — die Rechte wird die moralische Verantwortung dafür schwer ablehnen können —, um einen schlagartig losgebrochenen Landesproteststreik auszulösen, der dann an einer Reihe von Orten in eigentlichen Aufruhr ausartete. Die Regierung benützte diese Gewalttätigkeiten sofort zur Ankündigung eines Gesetzes gegen den «politischen» Streik und die katholischen Arbeiterverbände zum Austritt aus dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, aber damit wird weniger als nichts gewonnen sein, solange die *Ursachen* der sozialen Unrast nicht aus der Welt geschafft werden. «Gute» Wahlen zu machen ist leicht, wenn man die Kirche und Amerika im Rücken hat; den Landproletariern Boden und den Industriearbeitern dauernde und anständig

bezahlte Beschäftigung zu geben, wird schon ein schwereres Stück Arbeit für eine Regierung sein, deren beste weltliche Stützen der Großgrundbesitz und das Großkapital sind.

In *Frankreich* haben die Sozialisten die phantastisch aufgeblähten Militärausgaben zum Anlaß genommen, um das Kabinett Schumann zu Fall zu bringen. Daß es gerade die Militärausgaben waren, die zum Konflikt führten, ist zwar kein Zufall; Paul Fraisse hat recht, wenn er im «Esprit» schon längst vor der Krise schrieb, daß die Politik der militärischen Wiederaufrüstung und der gewaltsamen Niederhaltung der Kolonialvölker «eine der wesentlichen Ursachen unserer Finanzschwierigkeiten und des Fortganges der Geldinflation» sei. Diese Politik habe «nicht einmal die Rechtfertigung, daß sie wirksam sei, denn wir sind unfähig, eine, an den Erfordernissen des modernen Krieges gemessen, brauchbare Wehrmacht aufzubauen. Jahrelang alle lebendigen Kräfte eines geschwächten Landes wie des unsrigen auszusaugen, um vier Tage lang am Rhein Widerstand leisten zu können, ist verbrecherische Dummheit. Zudem verhehlt man ja nur mühsam, daß die neue Armee vor allem als Werkzeug gegen die Streikenden und gegen die Kolonialvölker gedacht ist.»

Aber der wirkliche Grund für die Rebellion der Sozialisten war natürlich, daß die Partei die durchaus auf die Interessen des Besitzbürgertums zugeschnittene Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Schumann—René Mayer nicht mehr decken konnte, wollte sie nicht, nach all ihren Kapitulationen, bei den Herbstwahlen vollends als verächtliches Anhängsel und Werkzeug des Industrie- und Bankkapitals dastehen. Den Mut zur Konsequenz brachte sie freilich trotzdem nicht auf, hätte doch der Entschluß, eine wirkliche Wendung der französischen Innenpolitik anzustreben, ein Zusammengehen mit den Kommunisten verlangt, und davor fürchtet sich die Sozialistische Partei mehr als vor irgend etwas anderm. Also lieber neuerdings in eine Regierung eintreten, die zwar die besonders anstößigen Pläne René Mayers für eine «Reform» der Sozialversicherung und die «Rationalisierung» der verstaatlichten Industrien — unter der Leitung von Fachleuten der kapitalistischen Schule — zurückstellen, im übrigen aber die allgemeine Wirtschaftspolitik des bisherigen Kabinetts stramm weiterführen wird! Die in der Schweizer Presse erschienene Meldung: «An der Pariser Börse hat die in Bildung begriffene Regierung und namentlich die in Aussicht genommene Berufung Paul Reynauds als Finanzminister eine — man kann wohl ohne Übertreibung sagen — begeisterte Aufnahme gefunden» sagt da wohl alles. Aber der Selbstverleugnung der französischen Sozialisten sind anscheinend keine Grenzen gesteckt. Man wird ja sehen, wieweit ihre Beteiligung am Kabinett André Marie imstande ist, die Verwirklichung des schönen Programms zu sichern, mit dem der neue Ministerpräsident vor die Nationalversammlung getreten ist.

Aus dem großen und im ganzen so vorbildlich ruhig geführten Kampf *Englands* um seine neue Lebensform sei heute nur dreierlei festgehalten.

Etwas Erfreuliches: Das Inkrafttreten der umfassenden Gesetzgebung über Sozialversicherung und Gesundheitsdienst, eines Werkes, vor dem wir uns mit unserer übermäßig gelobten Alters- und Hinterbliebenenversicherung beschämt verstecken dürfen.

Etwas Unerfreuliches: Die Umstoßung des Unterhausbeschlusses über die für fünf Jahre versuchte Abschaffung der Todesstrafe. Es ist indessen zu hoffen, daß der neue Kompromiß in der Praxis dennoch zu einem allmählichen völligen Verzicht auf dieses barbarische Sühne- und Schreckmittel führen werde.

Und eine Warnung: Die bedenkliche Entfremdung zwischen Gewerkschaftsspitzen und Arbeiterschaft, die der wilde Dockerstreik in London erneut sichtbar gemacht hat. Das dieser Erscheinung zugrunde liegende tiefere Problem hat Bruce Odspur in den «Peace News» wohl richtig umschrieben:

«Durch ihre lang geübte Betonung der Rechte — oder der erlittenen Unrechte — des Menschen und ihre Verkennung der nicht weniger wichtigen Pflichten des Menschen hat sich die Labourpartei in den langen Jahren ihrer Oppositionsstellung selber der Vergeltung ausgesetzt. Sie hat es vielleicht fertiggebracht, die Gewerkschaftsbürokratie von der Notwendigkeit einer Milderung von Gruppenbegehren zu überzeugen, die gegen das Allgemeinwohl streiten; sie hat es nicht fertiggebracht, auch die große Mehrheit der Arbeiter selbst mit sich zu ziehen. Die dadurch entstandene Kluft zwischen den gewöhnlichen Arbeitern und ihren Führern kann nicht durch bloße bürokratische Umstellungen geschlossen werden. Sie kann nur durch eine große Anstrengung für die Erziehung zu den Verantwortlichkeiten eines demokratischen Sozialismus geschlossen werden. Solange diese Anstrengung nicht gemacht wird — und es ist zweifelhaft, ob die gegenwärtige Gewerkschaftsführung dazu fähig ist —, werden sich die gewöhnlichen Arbeiter eben andern Führern zuwenden, die unwissend oder unbedenklich genug sind, um einen Druck bis zum Äußersten zugunsten ihrer Forderungen auszuüben.»

Frieden in Palästina? Nach diesen paar Seitenblicken auf die innereuropäischen «Kriegsschauplätze» müssen wir aber das Auge wieder auf größere Weiten einstellen. Zunächst auf die Riesenräume Asiens, in denen sich der Kampf unserer Zeit, von dem wir gesprochen haben, auf besonders bedeutsame Art entfaltet.

Beginnen wir mit *Palästina*. Das hervorstechende Ereignis ist hier, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach dem Ablauf des ersten Waffenstillstandes eine zweite Kampfpause befohlen und durchgesetzt hat. Jawohl, befohlen und durchgesetzt! Der Sicherheitsrat hat damit wirklich getan, was er tun *mußte*, wollte er nicht einfach abdanken. Seine Haltung ist um so rühmlicher, als er, um so weit zu kommen, mächtige Widerstände zu überwinden hatte, gegen die er bisher nie ernsthaft aufgetreten war. Denn der «Ende-Feuer»-Befehl,

dem die Juden ohne Zögern, die Araber nur widerstrebend nachgekommen sind, bedeutet ja den Zusammenbruch der ganzen bisherigen Palästinapolitik Großbritanniens. Mit bornierter Zähigkeit hatten Bevin und seine Hintermänner jahrelang die Bildung eines unabhängigen Judenstaates zu hintertreiben gesucht und zuletzt, als die Juden zur Tat geschritten waren, mit skandalösem Zynismus den Krieg der Arabischen Liga gegen Israel unterstützt — in offener Auflehnung gegen einen Beschluß der Vereinten Nationen. Das ging nun doch auch Amerika zu weit, dessen Politik zwischen der araberfreundlichen (und petrolorientierten) Haltung des Außenministeriums und der judenfreundlichen Haltung Trumans bisher kläglich hin und her geschwankt war*. Es muß Bevin hart angekommen sein, auf Marshalls neue Linie einzuschwenken — aber er hat es schließlich doch getan, obgleich er sich damit glücklich vollends den letzten Rest arabischer Sympathien verscherzt hat.

Vielleicht daß Großbritannien aus seinem vorderasiatischen Konkurs noch etwas retten kann, wenn es geschickt operiert und endlich auch seinen Widerstand gegen die Anerkennung Israels aufgibt. Auf jeden Fall wird es mit dem so dilettantisch geführten «Heiligen Krieg» der Araber endgültig vorbei sein. Die amerikanische Drohung, sofort das Waffenausfuhrverbot gegenüber Israel aufzuheben, falls die Araber sich neuerdings militärische Expeditionen einfallen ließen, wird ihre Wirkung schon tun, und von England werden die Araber auch kaum mehr viel zu erwarten haben, so daß die Liga, die ohnehin durch innere Gegensätze zerrissen war, wohl in ihre Teile auseinanderfallen wird. Israel aber wird bleiben. Das ist etwas Großes auch dann, wenn jetzt das Ringen um seinen Weiterbestand auf anderer Ebene fortgeführt werden muß. Die Juden werden sich wohl zunächst mit Abdullah von Transjordanien zu verständigen suchen, der alles Interesse daran hat, Arabisch-Palästina seinem Land anzugliedern. Darüber hinaus werden aber auch die Vereinten Nationen energisch tätig sein müssen, wenn schon die Friedensvorschläge des Grafen Bernadotte, die so einseitig die Araber begünstigten, nach der Niederlage ihrer Inspiratoren wesentliche Änderungen werden erfahren müssen, sollen sie eine wirkliche Diskussionsgrundlage bilden. Große Wachsamkeit ist vonnöten, damit das begonnene Werk nicht aufs neue gefährdet wird!

---

* Was für Vorstellungen die Haltung Amerikas in der Palästinafrage mitbestimmt haben, mag eine Stelle aus einer Rede des Abgeordneten Rankin zeigen, der bei der Säuberung der Vereinigten Staaten von «unamerikanischen» Einflüssen eine hervorragende Rolle spielt: «Die russischen Kommunisten strömen nach Palästina hinein. Ihr Ziel ist, dort einen russischen Brückenkopf zu errichten, und — bitte schön — die russische Regierung, die Macht des russischen Kommunismus über die Lebenslinie Großbritanniens hinaus vorzutragen . . . Nötigenfalls können wir ja die Atombombe entwickeln und sie unsern englischsprechenden Verbündeten liefern, um diesen Versuchen, die Weltkultur zu unterhöhlen und zu zerstören, Halt zu gebieten.»

Süd- und Ostasien Und nun die Bewegung der Völkermassen im Süden und Osten des asiatischen Kontinents! Die Umwälzung, die hier vor sich geht, ist wohl das großartigste Schauspiel, das sich unserer Zeit bietet. Wir sollten viel mehr davon wissen, und ich hoffe, wir werden darüber einen sachkundigen Beitrag in einem der nächsten Hefte bringen können. So kann ich mich heute darauf beschränken, wieder auf die eine Seite dieser Revolution hinzuweisen, die in dem uns hier beschäftigenden Zusammenhang besonders wichtig ist: auf ihre Bedeutung für die Auseinandersetzung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Lassen wir dazu das Wort dem Oxforder Professor G. D. H. *Cole*, der in seinem letzten großen Buch schreibt:

«Trotz dem Unterschied ihrer Grundhaltung in wirtschaftlichen Fragen stehen (in der Kolonialfrage) die britische und die amerikanische Regierung Seite an Seite, getrieben von einer gemeinsamen Furcht vor der Sowjetunion, obwohl diese Furcht verschieden begründet ist. Die amerikanische Regierung lehnt das Wirtschaftssystem der Sowjetunion ab, das sie mit Recht als Bedrohung des Einflusses des Kapitalismus auf das Wirtschaftsleben der rückständigen Länder und damit für deren wirtschaftliche Durchdringung von Amerika her betrachtet. Die britische Regierung anderseits befürchtet, die Politik der Sowjetunion sei geeignet, in diesen Ländern Kräfte aufzuwühlen, die die Reichsverbindungen zerstören, in den britischen Kolonialgebieten Aufruhr begünstigen und die knappen britischen Mittel unerträglich anspannen würden.»

Das ist richtig gesehen. Und so leisten denn die Vereinigten Staaten wie Großbritannien den fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Asien, die großenteils unter kommunistischer Flagge marschieren, planmäßigen Widerstand und verbünden sich überall mit den konservativen und reaktionären Elementen zur Niederhaltung der Volksbewegungen. Schon 1945 hat Amerika die Agrarrevolution auf den *Philippinen* erstickt; die Unabhängigkeit dieses Landes ist nur noch Fassade. In *Japan*, wo MacArthur als Prokonsul sitzt, besteht trotz allen Oberflächenreformen die alte feudal-kapitalistische Gesellschaftsordnung ziemlich unverändert weiter. In *Nordkorea* befördern die russischen Besetzungsbehörden die schon vor ihrer Ankunft begonnene Bodenverteilung und andere radikale Reformen, während der amerikanisch verwaltete Südteil des Landes unter einem halbfaschistischen, wirtschaftlich und sozial rückständigen Regime lebt.

Die *Mandschurei* ist jetzt so ziemlich der russischen Einflußzone einverleibt, und im eigentlichen *China* hat alle amerikanische Geld- und Waffenhilfe an Tschiang Kai-Shek nicht zu verhindern vermocht, daß die Kommunisten zurzeit einen Drittel des ganzen Reiches beherrschen und nicht nur den Bauern Land und Lebensraum gegeben, sondern auch eine anständige, tüchtige Verwaltung eingerichtet haben. *Indochina* kämpft ebenfalls unter kommunistischer Führung hartnäckig und nicht ohne Erfolg gegen die französische Herrschaft, so wie *Indonesien*, dessen nationalrevolutionäre Bewegung von Sozialisten geleitet wird, Schritt um Schritt seine Unabhängigkeit vom holländischen Kapitalismus und Kolonialismus gewinnt.

In *Malaya* führen die britischen Unternehmungen einen erbitterten Kampf gegen das eingeborene Plantagen- und Bergwerksproletariat, das sich in den kommunistisch orientierten Gewerkschaften zu sammeln begonnen hat, während sich die Regierung mit der Kommunistischen Partei herumschlägt, die sie neuerdings völlig verboten hat. In die starke chinesische Bevölkerungsgruppe spielt gleichzeitig, wie auch in *Siam*, der Kampf zwischen Kuomintang und Kommunisten hinein.

Burma (Hinterindien) ist, nach Abschüttelung der britischen Vormundschaft, in planmäßigem sozialistischem Aufbau begriffen, unter Abwehr kommunistischer Aufstandsversuche. Ähnliches gilt für *Indien* selbst. «Denn so entschieden auch», läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» aus London berichten, «Männer wie Nehru die nationalpolitischen und sozialreformerischen Strömungen in früheren Jahrzehnten gefördert und auf das große Ziel der Unabhängigkeit gerichtet haben, so stark beginnt sich die retardierende Kraft der Verantwortung des Regierungsamtes auszuwirken. Die Kongreßpartei steht damit in Gefahr, die Unterstützung der ärmeren Bevölkerungsschichten einzubüßen . . . Jedenfalls hat sich die Tätigkeit der Kommunisten in Indien seit der Proklamation des Indischen Staates erheblich verstärkt.» Und ein Sonderkorrespondent des gleichen Blattes beschreibt, wie sich das ausgebeutete und unwissende, fast auf der Stufe der Leibeigenschaft und Sklaverei gehaltene Bauernvolk von *Haidarabad* mehr und mehr den Kommunisten zuwende, «die damit rund einen Viertel des Gesamtgebietes von Haidarabad beherrschen, und zwar ist es gerade der fruchtbarste Teil des Staates, in dem dergestalt eine Art Bauernsowjet eingeführt wurde.» Ähnlich sei es in der Provinz Madras, wo das immer gegenwärtige Gespenst der Hungersnot verschiedentlich zu ausgesprochenen Formen von Landkommunismus geführt habe und die Regierung trotz dem Erlaß eines «Ordnungsgesetzes», das «beinahe einer Aufhebung der auch im Kriege nicht angetasteten Freiheitsrechte der Staatsbürger gleichkomme», der kommunistischen Gefahr nicht Herr werde.

Amerika im Wahljahr Angesichts des weltweiten Aufstandes gegen Kapitalismus und Imperialismus, Feudalwesen und Militärherrschaft würde man gerne annehmen, es werde sich nun doch auch bei der Vormacht des Weltkapitalismus, den *Vereinigten Staaten von Amerika*, ein Umschwung vorbereiten und die Einsicht durchbrechen, daß gegen eine Bewegung, die — nehmt alles nur in allem — das Recht und die Vernunft auf ihrer Seite hat, weder mit Dollars noch mit Atombomben, weder mit Anklagen gegen den russischen Terror noch mit Säuberungsmaßnahmen und Staatsschutzgesetzen etwas auszurichten ist, vielmehr nur die großzügige Förderung der Entwicklung zu einer demokratisch-sozialistischen Weltordnung die Abdrängung jener Bewegung auf falsche Bahnen verhin-

dern kann. In Tat und Wahrheit ist eher das Gegenteil der Fall. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß der Bund von Mars und Mammon, der seit Roosevelts Tod die amerikanische Politik unumschränkter beherrscht als je, in diesem Jahre einen neuen bedeutsamen Sieg erringen wird. Was die Wahlen zur Bundesversammlung im Herbst 1946 begonnen haben, das werden wohl die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom kommenden November vollenden: die Zurückführung der Republikanischen Partei zur Alleinherrschaft, von der sie durch sechzehn lange Jahre hinduch ausgeschlossen war. Die Aufstellung von Thomas *Dewey*, des Gouverneurs von Neuyork, als Präsidentschaftskandidaten der Grand Old Party bedeutet zwar nicht den Sieg des zugeknöpften Kleinamerikanertums, Richtung Taft, nicht den Sieg des alten, überlebten Isolationismus, aber dafür etwas viel Schlimmeres: den Sieg eines «Internationalismus», der tatsächlich ein Interventionismus zur Verhinderung der sozialen Umwälzung in der Welt draußen und besonders in Europa ist, den Sieg des brauchbarsten Vertrauensmannes des Großkapitals und eines gefügigen Willensvollstreckers des wirtchaftlich-militärichen Neuimperialismus. Das wird noch unterstrichen durch die Ankündigung, daß der erste Außenminister der Regierung Dewey kein anderer sein werde als jener John Foster Dulles, der schon zur Hitler-Zeit als Teilhaber der Wallstreet-Anwaltfirma Sullivan & Cromwell die Interessen deutscher Industrie- und Finanzkonzerne vertreten hat und seit Kriegsende einer der konsequentesten Befürworter der Rückgabe der westdeutschen Industrie an ihre früheren Besitzer ist im Dienste jener Politik, die ein «wiederaufgebautes» Deutschland als Verbündeten im Kampf gegen die Sowjetunion gebrauchen will. Daß Dulles gleichzeitig auch im Amerikanischen Kirchenbund eine führende Stellung einnimmt, scheint diesen sonderbaren Vertreter der evangelischen Gerechtigkeits- und Friedensbotschaft nicht zu stören, kann aber nicht anders als die Kirchen neuerdings schwer kompromittieren.

Henry *Truman*, den die Demokraten wohl oder übel wieder als ihren offiziellen Kandidaten bezeichnet haben, hat wenig Aussicht, sich gegenüber dem elementaren Ansturm des Republikanertums und der von ihm vertretenen Interessen zu behaupten, auch wenn er jetzt — ein schlauer Schachzug — die Bundesversammlung zu einer Extratagung einberufen hat, um die Republikaner herauszufordern und die Ernsthaftigkeit ihrer Wahlversprechen auf die Probe zu stellen. Seine Partei ist in voller Zersetzung begriffen, und die reaktionären Demokraten der Südstaaten haben sogar einen eigenen Präsidentschaftskandidaten bezeichnet, um dagegen zu protestieren, daß die «Vorherrschaft der weißen Rasse» im demokratischen Programm verleugnet werde. Was in Amerika entschlossen liberal und sozial fortschrittlich ist, was klare Stellung bezieht gegen die Mächte, die zu Weltchaos und Krieg drängen, schart sich um Henry *Wallace* und seine Partei, deren Unter-

stützung die einzige dem amerikanischen Volk gebotene Möglichkeit ist, eine Erneuerung der Vereinigten Staaten an Haupt und Gliedern zu bewirken. Und die förmliche Erklärung von Wallace zum Präsidentschaftskandidaten der Fortschrittspartei erfolgte denn auch an der Tagung von Philadelphia inmitten einer Hochstimmung und ausgesprochen religiös getönten Kampfbegeisterung, die selbst abgebrühten Skeptikern eine Ahnung von dem *andern* Amerika vermittelt hat, das hier aufgebrochen ist. «Heilsarmeeatmosphäre» höhnt die «Neue Zürcher Zeitung»; aber ich muß sagen: mir ist *diese* Atmosphäre tausendmal lieber als die Zirkusatmosphäre, in der Dewey auf den Schild gehoben wurde und in der das Goldene Kalb die Hauptrolle spielte!

In den Vereinigten Staaten stehen sich damit jetzt zwei wesentliche Kräftegruppen gegenüber, zwischen denen man wählen muß: die «Gruppe Dewey—Truman» und die «Gruppe Wallace». Gewiß ist Truman einem Dewey immer noch vorzuziehen; allein die amerikanische Politik wird in sämtlichen *entscheidenden* Fragen so fest von der Zweiparteienkoalition der Republikaner-Demokraten beherrscht, daß die Unterschiede *innerhalb* der historischen Parteien durchaus in einen hintern Rang zurücktreten. Und Truman selbst ist, durch seine Unterlassungen wie durch seine Handlungen, vor dem Volk so sehr belastet, daß er für einen wirklich links anhaltenden Bürger schlechterdings «untragbar» geworden ist. Ihn als das «kleinere Übel» zu erwählen, hieße auf jeden wirklichen Kampf gegen das *große* Übel verzichten, das die auch von Truman und seinen Anhängern zu verantwortende Gesamtrichtung der amerikanischen Politik darstellt. Auf diesen Kampf aber kommt es heute vor allen Dingen an.

Leider haben das lange nicht alle amerikanischen Liberalen und Sozialisten erkannt. Sie haben wohl, wie die «Amerikaner für Demokratische Aktion» (mit Frau Roosevelt und ihren Freunden an der Spitze), erkannt, daß es unmöglich ist, für einen Truman zu stimmen, und darum verzweifelt nach einem andern demokratischen Kandidaten gesucht. Als dieses Suchen aber erfolglos blieb und namentlich General Eisenhower (!) endgültig abgesagt hatte, blieben sie hilf- und ratlos dastehen, unfähig zu wirklich demokratischer Aktion. Ähnlich verwirrt ist die Lage in der Gewerkschaftsbewegung, deren Spitzenorganisationen, der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL), der Verband der Industriegewerkschaften (CIO) und die Eisenbahnerverbände, offiziell Wallace ablehnen (wenn er auch inoffiziell aus ihren Reihen viel Zuzug hat) und deren Mitglieder sich nun entscheiden müssen, ob sie hinter Truman treten (sofern sie nicht, wie William Green, der Präsident der AFL, und John Lewis, der Führer der Bergarbeiter, zu den Republikanern halten) oder für den Kandidaten der Sozialistischen Partei, Norman Thomas, stimmen wollen, falls sie es nicht vorziehen, überhaupt zu Hause zu bleiben. So geht es eben, wenn die Kommunistenhysterie — denn Wallace ist ja als Prokommunist ab-

gestempelt — die Köpfe verwirrt und damit eine Aktionseinheit *aller Kräfte* der Linken verhindert!

Amerika in Europa Die Folge ist, daß die unheildrohende internationale Auswirkung der Kräfte, die heute Amerika regieren, von den Vereinigten Staaten selber aus durch keine reale Gegenwirkung abgebremst werden kann. Diese Kräfte bewegen sich auf einer doppelten Linie vorwärts: auf der wirtschaftlichen und auf der politisch-militärischen Linie, wobei natürlich unzählige Querverbindungen zwischen beiden hin- und hergehen.

Von der wirtschaftlichen Seite her ist vor allem das *europäische Hilfsprogramm* ins Werk gesetzt worden, das anfangs Juli endgültig unter Dach gekommen ist, zuletzt durch die Verträge, die jedes Empfängerland mit den Vereinigten Staaten abschließen mußte. Als die Bedingungen bekannt wurden, die Amerika darin den sechzehn europäischen Nationen auferlegen wollte: weitgehende Beseitigung der Hindernisse für die Einfuhr amerikanischer Waren, Kontrolle der Vereinigten Staaten über die Währungs-, Finanz- und Budgetpolitik, über die allgemeine Wirtschafts- und Außenhandelspolitik ihrer «Kunden» und ähnliches mehr — da gab es zunächst eine eigentliche Rebellion im Lager der Unterstützungsanwärter, besonders in England. Der Londoner Korrespondent der «Berner Tagwacht» schrieb damals, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sehe

«ihren Feind auch keineswegs nur im Kommunismus und in der Sowjetunion, sondern nicht weniger auch im demokratischen Sozialismus und in den sozialdemokratischen Parlamentsmehrheiten und sozialdemokratischen Regierungen, die in England, in Norwegen und Schweden die Entwicklung ihrer Länder entscheidend beeinflussen. Die immer wiederkehrenden Angriffe amerikanischer Staatsmänner, Politiker und Wirtschaftler auf die englische Arbeiterregierung sind keine Entgleisungen; sie sind Politik. Mehr als den Kommunismus fürchtet Amerikas kapitalistische Klasse die Ausbreitung des demokratischen Sozialismus und die Aussicht, daß die Arbeiter der europäischen Länder dem englischen Beispiel folgen werden. Sollen die neuen Bedingungen Sicherungen vor allem dagegen sein?»

Zum Teil bestimmt. Immerhin lenkte man in Washington angesichts der europäischen Proteste etwas ein und milderte die ursprünglichen Bedingungen, mindestens in den Verträgen mit den größeren Ländern, einigermaßen. Aber zuletzt stellte man in London doch resigniert fest:

«Die schlichte Wahrheit ist, daß Parlament und Regierung das Abkommen über das europäische Wiederaufbauprogramm nur angenommen haben, weil sie die Folgen eines Verzichts auf die Hilfe, die es bringt, nicht verantworten konnten... Die ernstesten Punkte sind, daß wir weitere Anleihen aufnehmen müssen, auf deren Rückzahlung wir wenig Aussicht haben; daß die Kolonien zwangsläufig zur Beitragsleistung an die strategische Hauptmasse Amerikas herangezogen werden, und daß die amerikanische Regierung, wenn nicht eine positive Herrschaft über unsere Kapitalanlagen-, Handels- und Finanzpolitik, so doch jedenfalls einen sehr mächtigen Einfluß darauf gewinnen.» («New Statesman».)

Wenn sich schon das immer noch stolze Albion derartige Dinge nur mit Bitterkeit gefallen läßt, was für Empfindungen mag man dann

erst in andern Ländern hegen, wo man sich den Luxus nationalen Selbstbewußtseins gegenüber den Wirtschaftskönigen dieser Erde überhaupt nicht mehr leisten kann und seine Minderwertigkeitsgefühle nur noch gegenüber Russen und andern Kommunisten abreagieren darf*?

Auf der politisch-militärischen Linie nähert sich Amerika jetzt mehr und mehr in aller Form dem *Westeuropabund*, den es schon von Anfang an protegiert hatte. Die jüngsten Außenministerbesprechungen im Haag, an denen auch Vertreter der Vereinigten Staaten und Kanadas zugegen waren, scheinen in der Richtung eines amerikanischen Hilfsversprechens für den Fall einer kriegerischen Bedrohung der fünf Unionsländer ziemlich weit gekommen zu sein. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Amerika und den Gliedern der britischen Völkergemeinschaft ist ohnehin schon außerordentlich eng.

Was bedeutet das alles? August Siemsen spricht es im «Anderen Deutschland», dem in Buenos Aires erscheinenden tapferen Organ einer Gruppe deutscher Sozialisten und Demokraten, unverhohlen aus:

«Das Militärbündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und den drei Beneluxstaaten ist der Kern der geplanten Europaunion. Ein großer Teil der amerikanischen Hilfe wird — wie in China, der Türkei und Griechenland — zur Aufrüstung dieser Staaten und aller derjenigen, die dem Bündnis beitreten werden, Verwendung finden. Weiterhin werden im Westen im Zuge der Kriegsvorbereitung zweifellos beschleunigt mächtige Basen für die gewaltig zu vergrößernde amerikanische Luftwaffe geschaffen werden. Neueste Nachrichten aus Washington sprechen von der Einbeziehung Europas in das lückenlos zu gestaltende Netz der amerikanischen Luftwaffe.

Wir haben kürzlich die Erklärung Lippmanns, des bekanntesten amerikanischen Leitartiklers, zitiert, daß es von vornherein die Absicht der Vereinigten Staaten gewesen sei, die Sowjetunion in ihre alten Grenzen zurückzudrängen und damit den Kommunismus unschädlich zu machen, und daß man, wenn dies auf friedlichem Wege nicht möglich sei, sich auf den Krieg vorbereiten müsse. Nunmehr hat Lippmann geschrieben, das Militärbündnis der fünf Staaten sei zwar auf Betreiben der Vereinigten Staaten geschlossen worden, diene aber zunächst nur der Verteidigung und werde

---

* Das letztere gilt vollends von den Staaten Lateinamerikas, von denen Pater Chaillet, der Leiter des katholischen «Témoignage Chrétien» in Paris, sagt: «Ich bin lange durch Lateinamerika gereist, überall herrschen die gleiche Lüge und die gleiche Angst: der unvermeidliche Krieg. Ich bin für ein Hilfswerk nach Amerika gekommen und mußte in allen meinen Vorträgen das mörderische Schlagwort von den beiden sich unvermeidlich gegenüberstehenden Blocks bekämpfen. Ursache dieser Panikstimmung ist unbestreitbar die Propaganda, die von den Vereinigten Staaten ausgeht. Sie sind so weit gekommen, daß sie die Mehrzahl der südamerikanischen Länder mehr oder minder untergeordnet haben. Der Antikommunismus und der Antisowjetismus haben dabei als Vorwände gedient. Ich sage als Vorwände, denn in diesen Ländern, wo es noch kein oder fast kein Proletariat gibt, sondern nur eine im Zustand des Pauperismus (der Massenarmut) lebende Masse, ist der Kommunismus das Ideal der geistigen Menschen, oft der besten und größten unter ihnen, aber er hat keine eigentliche Basis bei den Massen, ausgenommen vielleicht in Chile. Aber dieser Antikommunismus, entwickelt von einer amtlichen und in diesen Analphabetenländern fast allmächtigen Radiopropaganda, hat dort gestattet, jede wirkliche Demokratie zu unterdrücken. Die Gleichschaltung der Politik dieser Staaten mit den USA ist nahezu verwirklicht. Sie sind auf den Stand von wirtschaftlichen Kolonien zurückgeführt.»

damit nicht den Absichten der Vereinigten Staaten gerecht, die weit darüber hinausgingen. So entstehe eine gefährliche Zeitlücke, bis die Vereinigten Staaten in Europa so weit seien, gegebenenfalls — das heißt, wenn die Sowjetunion nicht klein beigibt — zum vernichtenden Atombombenkrieg überzugehen. Es müsse deshalb so vorgegangen werden, daß die Sowjetunion nicht diese Lücke zur Besetzung Westeuropas ausnütze, in welchem Fall man feststellen müsse, daß die Operation zwar gelungen, der Patient aber dabei gestorben sei. ‚Es ist unklug, Rußland mit der Vernichtung im Jahre 1952 zu bedrohen und bis dahin Europa unverteidigt zu lassen.' Deshalb sei äußerste Eile geboten.

Nun kann man sagen, Lippmann sei nicht ein offizieller Sprecher Amerikas. Aber das, was er sagt, wird durch offizielle Sprecher der Vereinigten Staaten, besonders die militärischen Leiter, in der Tendenz bestätigt und unterstrichen.»

Das ist in der Tat die heutige Situation.

Was sollen wir denn tun?

Ein paar wenige Feststellungen genügen, um die Schlußfolgerungen klarzumachen, die sich aus den dargelegten Sachverhalten ergeben.

Zum ersten: Die sozialen und wirtschaftlichen Nöte, die Armut und Lebensunsicherheit, Krieg und Gewaltrevolution über die Völker bringen, werden nur in dem Maße gemildert werden können, als die herrschende *Wirtschaftsunordnung* durch rasche und tatkräftigste Eingriffe *überwunden* wird. Der Kapitalismus kann sich auf die Länge schon darum nicht mehr halten, weil die vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete der Erde, in die er bisher Waren und Kapital ausführte — Süd- und Ostasien, die britischen Dominien, Lateinamerika, Südosteuropa usw. —, sich in schnellem Tempo selbst industrialisieren. Rohstoffe und Lebensmittel werden so immer knapper und teurer werden, die Produkte der älteren Industrieländer aber immer schwerer absetzbar, ausgenommen Werkzeuge und Maschinen für die jungen Industrieländer. Die Welt muß ein neues Gleichgewicht finden, und diese Ausgleichung und Anpassung darf nicht mehr dem «freien Spiel der Kräfte» überlassen bleiben mit dem brutalen Wettbewerb, den Krisen und andern Erschütterungen, die daraus folgen müßten; sie kann nur durch Errichtung einer wirklichen Weltwirtschafts*ordnung* geschehen, die, ohne den trügerischen Umweg über den Profit des Produzenten und Händlers, direkt auf die planmäßige Versorgung der Verbraucher ausgeht.

Sodann: Das *lebendige Christentum* hat bei dieser weltweiten Revolution eine entscheidende Rolle zu spielen. Ich zitiere *Berdiajews* letztes Werk «An der Schwelle der neuen Weltzeit»:

«Sache des Christentums ist es nicht, die sozialen Bewegungen in der Welt zu fürchten und einen unfruchtbaren Kampf gegen sie zu führen, sondern sie zu inspirieren, sie von den Giftstoffen zu befreien zu suchen, die in sie eindringen, besonders vom Gifte des Hasses. Das ist die einzig wahrhaft christliche Haltung gegenüber dem Kommunismus, der ernstesten Erscheinung der zeitgenössischen Welt. Man muß aufhören, ihn auf bloß äußerliche Art zu bekämpfen; eine solche Haltung hilft nur mit, die Geschäfte des Faschismus zu besorgen, dieser unendlich viel christentumsfeindlicheren

Erscheinung. Man muß auf seine innere Umgestaltung hinarbeiten. Sie ist möglich. Sie geht auch bereits vor sich.»

In ähnlichem Sinne hat unser holländischer Freund Pfarrer *K. Strijd* dieses Frühjahr am Limburger Protestantentag gesagt:

«Die Kommunisten müssen durch dieses Wort der Kirche zu der Erkenntnis kommen: Der geistige Quell, daraus wir schöpfen, der dialektische Materialismus, der den Menschen in seinem Wesen erniedrigt, hat nichts zu tun mit dem Heiligen Geist. Und die Mittel, die wir brauchen, um unser Ziel zu erreichen, haben auch nichts zu tun mit dem Geiste Jesu Christi. Die Vertreter des gewöhnlichen holländischen Antikommunismus aber werden durch dieses Wort der Kirche zu der Erkenntnis kommen müssen: Der Geist, der uns beseelt, hat nun auch bestimmt nicht viel mit dem Heiligen Geiste zu tun. Ist unser Kampf gegen den Kommunismus nicht allzuoft bloß eine verkappte Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsform?

... Selbständig und mutig, nüchtern und befreiend — es ist ja Pfingsten gewesen — soll die Kirche, geleitet durch den Heiligen Geist, für radikale Sozialreformen einstehen ... Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Rußland und Amerika muß die Kirche deutlich sagen: ‚Wir werden den russischen Kommunismus nicht mit Atombomben bekämpfen können; wir müssen ihn mit einer Gerechtigkeitsoffenbarung bekämpfen, getrieben und geleitet vom Heiligen Geist.'»

Und zum dritten: Wir müssen einen neuen Anlauf zur *militärischen Abrüstung* nehmen. Gewiß treiben zum Krieg und zur Vorbereitung auf ihn zunächst geistige, wirtschaftliche und politische Kräfte der verschiedensten Art. Aber die Kriegsrüstungen werden mehr und mehr selber eine äußerst gefährliche Kriegskraft, die eigenen Gesetzen folgt, zunächst weil die Kriegsvorbereitung in den Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft weithin ein *Geschäft* geworden ist, bei dem riesig verdient wird, und an dem große Teile von Industrie und Handel interessiert sind. Was Amerika betrifft, so sagt Henry Wallace (in «Dem Weltfrieden entgegen») darüber:

«Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges habe ich bereits Beweise dafür gesehen, daß Großindustrielle in Zusammenarbeit mit Armee und Marine bewußt ein gewaltiges Rüstungsprogramm in Angriff genommen haben. Viele von ihnen glauben jetzt, daß ein dritter Weltkrieg unvermeidlich sei, und daß es ihre Pflicht sei, sich dafür bereit zu machen.

Die Beziehungen zwischen dem Militär und unsern führenden Geschäftsleuten sind besonders eng in der Produktion von Stahl, Chemikalien, Petrol, Aluminium, Flugzeugen, elektrischen Maschinen, Werkzeugmaschinen, Radiogeräten, plastischen Stoffen und Automobilen ... Diese Männer, die hinter der Regierung stehen, und die die Regierung hinter sich haben, haben die größte Macht zum Guten und Bösen unter allen menschlichen Wesen, die je auf dieser Erde gelebt haben. Sie kommen mehr und mehr dazu, sich von der Regierung abhängig und sich für die Regierung verantwortlich zu fühlen. Ihre Gewinne sind in mancher Beziehung weithin von umfangreichen Militärkrediten abhängig ... Die Verbindung ist jetzt so eng, daß ich mich ernstlich frage, ob es beim gegenwärtigen Stande der Dinge überhaupt möglich ist, im Flugzeugbau und in den meisten Zweigen unserer Metall-, Brennstoff- und Schwerchemie-Industrie einen guten Geschäftsgang zu haben ohne gewaltige Rüstungsprogramme.»

Zu dieser neueren, von der Rüstungs*industrie* her drohenden Gefahr gesellt sich dann die alte, uns nur zu wohl vertraute, insbesondere aus dem militärischen Denken kommende Gefahr, daß die Kriegs-

bereitschaft dem Krieg nicht entgegenwirkt, sondern ihn begünstigt, dies doppelt im Zeitalter der Atomwaffen und der andern Massenvernichtungsmittel. Der Kampf um Berlin, von dem wir eingangs geredet haben, konnte nur darum so bedenkliche Formen annehmen, weil hinter ihm sofort einsatzbereite, mit den modernsten Waffen ausgerüstete Streitkräfte stehen, deren Führer zum Teil auf das Losschlagen sichtlich brannten. Solange sich die Armeen Rußlands und der Westmächte auf deutschem Boden kriegsfertig gegenüberstehen, ist jedenfalls an keine Lösung der deutschen Frage zu denken. Und solange Westeuropa in Waffen starrt, schwebt es in steter Gefahr, in einen Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten hineingerissen zu werden.

«Wozu raten wir dann also?» fragen die Londoner «Peace News». Und sie antworten selbst:

«Daß Großbritannien und Westeuropa auf ihre Wehrmacht vollständig verzichten sollen! Nur so können sie hoffen, sich wirtschaftlich zu behaupten, ohne ihre politische Unabhängigkeit zu opfern oder zuletzt im Interesse Amerikas oder Rußlands zerstört zu werden. Aber dann wären wir ja militärisch wehrlos? Militärisch *sind* wir wehrlos und sind es schon fast drei Jahre lang gewesen. Das wäre keine neue Lage. Was neu wäre, wenn es nach den Pazifisten ginge, wäre die Entschlossenheit, unsere Lebensform mit andern Mitteln als mit Gewalt zu verteidigen. Es ist, so glauben wir, die Rolle Englands als des verwundbarsten Landes Europas, den Weg zu solcher Entschlossenheit zu weisen.»

Es ist, so fügen wir hinzu, eines *jeden* Landes Aufgabe, diesen Weg freimachen zu helfen. Nicht zuletzt ist es die Aufgabe der Schweiz, die einen neuen Weltkrieg nicht zu überleben vermöchte, auch wenn es ihr wieder gelänge, sich neutral zu halten. Worauf warten wir also noch, um unsern Beitrag zur Vermeidung einer neuen Katastrophe zu leisten, wie wir sie in diesen Tagen und Wochen so unheimlich nahe vor uns sahen?

27. Juli 1948. *Hugo Kramer.*

Ein menschliches Buch eines Offiziers der Sowjetunion

Michael Koriakoff: *«Ich wollte Mensch sein»*
Verlag Otto Walter AG, Olten

Wer über die russischen Dinge reden will, ist verpflichtet, jede Gelegenheit, hinter den Eisernen Vorhang zu sehen, zu benützen. Das Buch des russischen Schriftstellers, Offiziers und Berichterstatters Koriakoff gibt uns tiefe Einblicke, vermittelt durch einen Menschen, dessen Aufmerksamkeit vor allem auf die menschlichen Dinge gerichtet war. Natürlich stammt das Buch von einem, der mit dem kommunistischen System gebrochen hat, also von einem Renegaten. Mit der in gewissen Kreisen üblichen Gedankenlosigkeit spricht jeder dieses Wort «Renegat» nach, wenn er von Leuten wie Kravchenko oder Koriakoff redet, wie wenn dieses Wort sich ohne weiteres als diffamierendes Schimpfwort eignen würde. Menschen, die unter größter Gefahr und schweren inneren Kämpfen sich befreit haben von dem furchtbaren geistigen Zwang, der sie umgab, sollen also schon deswegen, weil sie den